

Doppelter Abiturienten-Jahrgang in NRW durch G8 im Jahr 2013

Ausgangslage

Demographisch bedingt steigt die Zahl der Studienanfänger in jedem Jahr bis 2010. Allein aus diesem Grund müssen neue Studienplätze geschaffen werden, wenn man allen interessierten Abiturienten (man rechnet in der Regel mit einer Übergangsquote von 75 %) einen Studienplatz sichern, oder gar das Ziel, dass 40 % der deutschen Jugendlichen ein Studium aufnehmen, erreichen möchte.

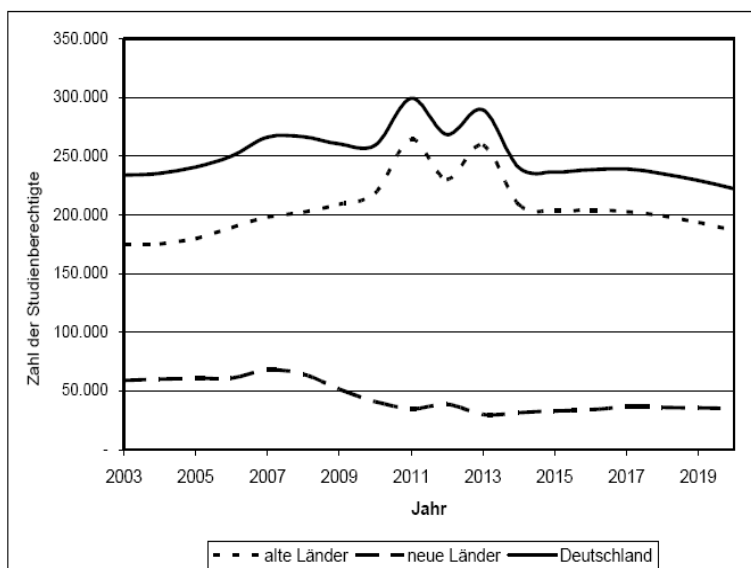
Akkumulierte StudienanfängerInnen nach Bundesländern

- Positive Salden im vgl. zu 2005 - Negative Salden vgl. zu 2005

	2007	2008	2009	2010		2007	2008	2009	2010
Baden-W.	3.253	7.716	13.015	19.064	Baden-W.				
Bayern	2.835	6.537	10.994	15.810	Bayern				
Berlin	665	1.184	1.193	90	Berlin				
Brandenburg	160	203			Brandenburg			127	919
Bremen	295	660	1.099	1.599	Bremen				
Hamburg	739	1.759	2.698	5.718	Hamburg				
Hessen	1.525	3.378	5.254	7.197	Hessen				
Mecklenburg-V.	122	2.327	1.776	389	Mecklenburg-V.				
Niedersachsen	2.101	4.357	6.670	9.806	Niedersachsen				
NRW	4.982	10.859	16.978	23.708	NRW				
Rheinland-P.	1.362	2.994	5.437	7.678	Rheinland-P.				
Saarland	200	453	1.743	2.097	Saarland				
Sachsen	429				Sachsen		41	2.499	7.293
Sachsen-A.	2.876	2.524	1.213		Sachsen-A.				1.156
Schleswig-H.	635	1.587	2.367	3.394	Schleswig-H.				
Thüringen	45				Thüringen		384	1.651	3.931
Summe	22.224	46.538	70.437	96.550	Summe	0	425	4.277	13.299

Quelle: Centrum für Hochschulentwicklung-Materialien zum Studierendenhoch.C. Berthold, G. Gabriel, H. Meyer, T. von Stuckrad. Arbeitspapier Nr. 82, Januar 2007

Abbildung 1: Entwicklung der Zahl der Schulabgänger mit Fachhochschulreife und Hochschulreife (2003 bis 2020)



Quelle:
Bundeselternrat-
Abitur nach 12 Jahren
– wie, wo und warum?
Katherine Bird,
Bremerhaven

Ab 2007 bis 2015 werden jeweils mindestens in einem Bundesland zwei Schuljahrgänge parallel das Abitur ablegen, wobei die bevölkerungsstärksten Bundesländer (NRW, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen) in den Jahren 2011 bis 2013 dabei sind, siehe hierzu nachfolgende Tabelle.

Jahr	Bundesländer
2007	Sachsen-Anhalt (11)
2008	Mecklenburg-Vorpommern (14)
2009	Saarland (15)
2010	Hamburg (13)
2011	Bayern (2)
	Niedersachsen (4)
2012	Baden-Württemberg (3)
	Berlin (8)
	Bremen (16)
2013	Nordrhein-Westfalen (1)
	Hessen (5)
2014	Hessen (5)
2015	Brandenburg (10)

(x) Angabe in Klammern gibt die laufende Nummer des Bundeslandes in Bezug auf die Einwohnerzahl an.

- Schleswig-Holstein (9) noch unklar
- Thüringen (12) und Sachsen (6) haben schon G8
- Rheinland-Pfalz (7) - Abitur nach 12,5 Schuljahren - schon eingeführt

Quelle: Centrum für Hochschulentwicklung-Materialien zum Studierendenhoch
C. Berthold, G. Gabriel, H. Meyer, T. von Stuckrad. Arbeitspapier Nr. 82, Januar 2007

Alle Prognosen zu den zu erwartenden Studienanfängerzahlen basieren auf den statistischen Daten der vergangenen Jahre. Sie werden geprägt durch verschiedenste Annahmen und Faktoren und die Ergebnisse unterliegen einer subjektiven Interpretation.

Einflussfaktoren sind z.B.

- Aufnahmebegrenzungen infolge steigender Studienanfängerzahlen
- Hochschulverweildauer
- Studienabbrecherquoten
- Übergangsquoten und Mobilitäten
- Art der Hochschulzugangsberechtigungen (bislang wurden nur deutsche zugrunde gelegt)
- qualitative Neugestaltung von Bachelor und Masterstudiengängen
- Studienreform
- Studiengebühren

Diese Liste ist weder sortiert noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit, sie soll lediglich darauf hinweisen, wie komplex solche Berechnungen sind.

Aktuelle Neuigkeiten

Die Recherche zum Thema hat ergeben, dass es eine Vielzahl von Publikationen, Stellungnahmen u.ä. gibt. Demnach ist die Problematik auf allen Ebenen, sei es Elternebene, Politik, Wissenschaft, betroffene Institutionen (ZVS, Studentenwerke) und den Medien bekannt.

Hochschulpakt 2020

Bund und Länder haben deshalb über einen Hochschulpakt verhandelt, dessen erste Eckpunkte seit Dezember 2006 feststehen und seitens der Wissenschaftsminister abgezeichnet sind. Diese ersten Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitraum bis 2010. Die Unterzeichnung des Vertrages soll durch die Ministerpräsidenten und die Bundesforschungsministerin im Juni 2007 erfolgen. Die Ausarbeitung erfolgte unter Einbeziehung der KMK (Kultusministerkonferenz) sowie deren üblicher Kooperationspartner, der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), dem Wissenschaftsrat und der Max-Planck-Gesellschaft.

Zum einen sollen demnach Mittel für die Lehre (Ausbau der Studienkapazitäten), zum anderen für die Forschung bereitgestellt werden.

Für den Bereich **Lehre** sind vorgesehen:

- bis 2010 sollen 90.000 neue Studienplätze geschaffen werden (5.500 €/Studienplatz/ Jahr)
- Bund und Länder tragen die Kosten je zur Hälfte.
- 2007 und 2008 werden die Mittel nach einem bestimmten Schlüssel verteilt, 2009 wird „spitz“ abgerechnet in Bezug auf 2005.
- Ostdeutsche Länder müssen keine neuen Plätze schaffen, dürfen aber keine abbauen. Dafür erhalten sie 15% der Bundesmittel.
- Die Stadtstaaten müssen ebenfalls die Studienanfängerzahlen beibehalten, erhalten dafür 3,5 % der Mittel.
- Berlin erhält 4%, muss dafür eine noch auszuhandelnde Zahl an Plätzen weiter bereitstellen.
- Der Bund stellt nach eigenen Angaben demnach knapp ein Milliarde € zur Verfügung, davon 565 Millionen bis 2010.

Für den Bereich **Forschung** wird der Bund 700 Millionen € bereitstellen, die Mittelverteilung erfolgt über die DFG.

Reaktion des Landes NRW

Die Landesregierung hat in Folge des Hochschulpaktes beschlossen 20.000 neue Studienplätze bis zum Jahr 2010 einzurichten. Nach einer Prognose der KMK werden im Jahr 2013 in NRW 22.000 neue Plätze benötigt, geht man jedoch von einer Übergangsquote von 85 % aus, könnten es auch 34.000 Plätze sein. Diese Zahlen stammen von der Homepage der Landesregierung (Forschungsministerium), dort wird zudem betont: „wir werden deshalb das Angebot an Studienplätzen bedarfsbezogen erweitern.“

Jahr	StudienanfängerInnen	Differenz zu 2005	Akkumulierte zusätzliche Studien-
2007	70.049	4.982	4.982
2008	70.944	5.877	10.859
2009	71.186	6.119	16.978
2010	71.798	6.730	23.708
2011	73.106	8.038	26.765
2012	69.710	4.643	25.530
2013	92.177	27.110	46.521
2014	67.053	1.986	41.776
2015	67.850	2.783	36.521
2016	67.913	2.845	34.724
2017	67.085	2.018	9.631
2018	65.643	576	8.222
2019	64.023	-1.039	4.400
2020	62.451	-2.616	-1.061

Entwicklung der StudienanfängerInnen – NRW

Quelle: Centrum für Hochschulentwicklung-Materialien zum Studierendenhoch
C. Berthold, G. Gabriel, H. Meyer, T. von Stuckrad. Arbeitspapier Nr. 82, Januar 2007

Mit dem Ausbau der Studienplätze soll schon im kommenden Wintersemester begonnen werden. Wie die Umsetzung im Detail erfolgen soll, insbesondere die Ausfinanzierung, ist noch nicht klar. Das Land wird nur einen Teil beisteuern, die Hochschulen sollen ebenfalls Mittel bereitstellen (aus Studiengebühren, Sponsorengeldern, durch Einsparungen). Es finden sich jedoch bei den einzelnen Hochschulen schon Informationen im Internet, dass sie die diesbezüglichen Planungen bereits aufgenommen haben.

Der Hochschulpakt heißt „Hochschulpakt 2020“. Was und wie er nach 2010 fortgeführt werden soll, soll zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden.

Offene Fragen

Der Hochschulpakt ist ein erster, wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der uns Eltern sehr erfreut. Dennoch bleiben etliche Fragen offen.

Die bisher getroffenen Vereinbarungen fangen die zunehmenden Studentenzahlen, die durch die demographischen Veränderungen bedingt sind, zum Teil auf.

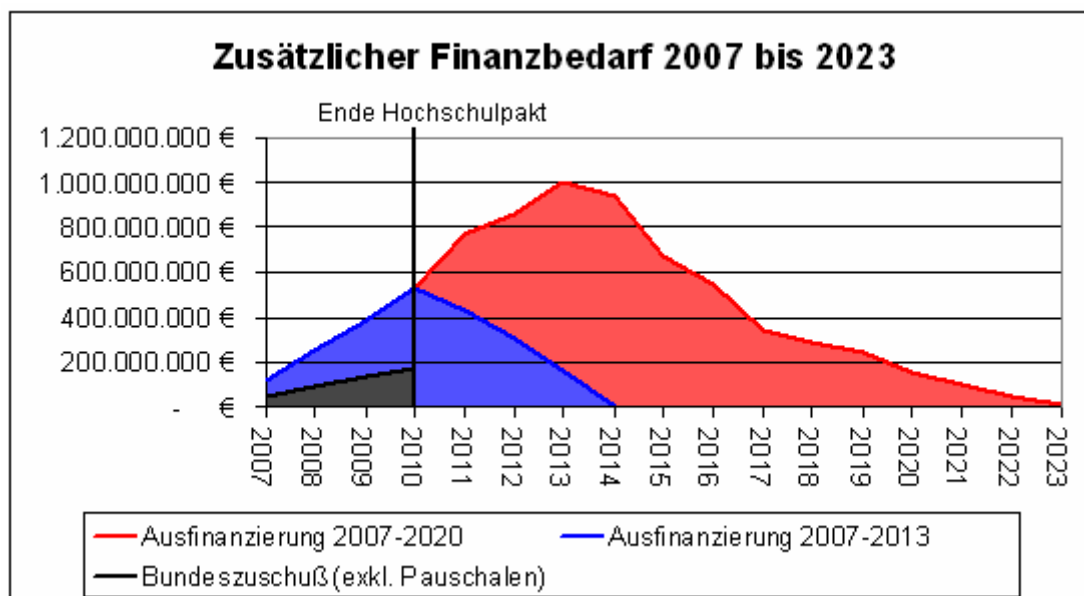
Sie reichen jedoch nicht aus, um die Anforderungen an die Hochschulen aufgrund der verkürzten Schulzeit aufzufangen.

Zudem bleiben Fragen offen, die auch in kritischen Stellungnahmen von verschiedenen Seiten aufgeworfen werden.

So äußert die HRK, dass der seitens der Politik zur Kalkulation zugrunde gelegte Wert von 5.500 € pro Studienplatz und Jahr zu gering angesetzt ist und somit nicht die angestrebte Zahl von zusätzlichen Studienplätzen erreicht werden wird.

Die Studentenwerke kritisieren, dass bei den bisherigen Kalkulationen weder notwendige bauliche Maßnahmen berücksichtigt wurden noch infrastrukturelle (z.B. Wohnraumschaffung).

Das Centrum für Hochschulentwicklung hat eine 7-seitige kritische Stellungnahme erstellt, die zwar auch hervorhebt, dass der Hochschulpakt ein guter, wichtiger erster Schritt ist, aber Fragen offen lässt. U.a. wird auf den zusätzlichen Finanzbedarf (siehe Grafik unten) für die Folgejahre und die Anforderungen an die Qualitätssicherung hingewiesen.



Informationsquellen:

<http://www.kmk.org/statist/home1.htm>

- Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020

- Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2003 bis 2020

http://www.che.de/downloads/Prognose_Studienkapazitaet_AP77.pdf

<http://www.bmbf.de/de>

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,451419,00.html>

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,448745,00.html>

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,449645,00.html>

<http://ftd.de/politik/deutschland/121318.html?zid=82973>

<http://www.destatis.de>

http://www.innovation.nrw.de/Ministerium/MinisterPinkwart/RedenMinister/rede_2006_09_141.html